Inhaltsübersicht

Einführung	31
A. Anlass der Untersuchung	31
B. Begrenzung und Gang der Untersuchung	35

1. Teil

Einfluss und Wirkungen des Völkervertragsrechts auf die innerstaatliche Rechtsordnung	38
A. Verfassungsrechtliche Weichenstellung: Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit ..	39
B. Formale Einbeziehung von Völkerrecht in die deutsche Rechtsordnung	43
C. Weitergehende Bedeutung bestimmter völker(vertrags)rechtlicher Materien	51
D. Innerstaatliche Wirkung von Aussagen und Entscheidungen internationaler Spruchkörper	54
E. Im Konfliktfall: Gebot zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung der innerstaatlichen Rechtsordnung	67
F. Übertragbarkeit auf sämtliche Völkerrechtsverträge	93
G. Zwischenergebnis und Folgefragen	94

2. Teil

Status quo (un-)zulässiger Streikziele und weiterer Anforderungen an rechtmäßige Arbeitskämpfe in Deutschland	96
A. Skizzierung bislang (un-)zulässiger Streikziele in der Bundesrepublik Deutschland ..	96
B. Feststellung des maßgeblichen Streikziels	117
C. Zusammentreffen rechtmäßiger und rechtswidriger Kampfziele	118
D. Weitere Rechtmäßigkeitsanforderungen an zulässige Streikmaßnahmen nach derzeitiger Rechtsprechung	119
E. Rechtsfolgen rechtswidriger Arbeitskämpfe	129
F. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	131

3. Teil

Vorgaben des Arbeitsvölkerrechts bezüglich zulässiger Streikziele	132
A. Auslegungsgrundsätze für (arbeits-)völkerrechtliche Vorgaben	133
B. Recht der Internationalen Arbeitsorganisation	145
C. Europäische Sozialcharta i. V.m. den Aussagen der Kontrollorgane	178
D. Art. 11 Abs. 1 Hs. 2 EMRK in der Auslegung durch den EGMR	241
E. Zwischenergebnis und Folgefragen	389

4. Teil

Völkerrechtsfreundliche Auslegung der deutschen Rechtslage	391
A. Anwendungsvoraussetzungen	391
B. Grenzen des Gebots zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung	410
C. Zwischenergebnis und Folgefragen	413

5. Teil

Konsequenzen der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	414
A. Verfassungsrechtlicher Schutz von Arbeitsk Kampfmaßnahmen nach Art. 9 Abs. 3 GG	414
B. Zulässige Arbeitsk Kampfziele	415
C. Modifikation der übrigen arbeitskmpfrechtlichen Grundsätze und Voraussetzungen	420
D. Anerkennung einer Suspendierungswirkung für außertarifliche Kampfmaßnahmen?	428

6. Teil

Ergebnisse	432
A. Gesamtergebnis und Ausblick	432
B. Einzelergebnisse in Thesen	433
Literaturverzeichnis	443
Sachwortverzeichnis	490

Inhaltsverzeichnis

Einführung	31
A. Anlass der Untersuchung	31
B. Begrenzung und Gang der Untersuchung	35
I. Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	35
II. Gang der Untersuchung	36

1. Teil

Einfluss und Wirkungen des Völkerrechts auf die innerstaatliche Rechtsordnung	38
A. Verfassungsrechtliche Weichenstellung: Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit	39
I. Herleitung und Zielsetzung	40
II. Grundlegende Folgen	41
B. Formale Einbeziehung von Völkerrecht in die deutsche Rechtsordnung	43
I. Formale Einbeziehung von „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“ gemäß Art. 25 GG	44
II. Formale Einbeziehung von Völkervertragsrecht gemäß Art. 59 Abs. 2 GG	44
III. Folgen aus der formalen Einbeziehung des Völkerrechts	46
1. Einbeziehung und feste Rangzuweisung	46
2. Bindung aller staatlichen Hoheitsträger nach Art. 20 Abs. 3 GG	47
3. Unberührt: Inhalt, Auslegung und Rechtskraft des Völkerrechts	49
4. Offene Problemfelder	49
a) Verhältnis zu verfassungsrechtlichen Bestimmungen: <i>lex superior</i> -Regel	50
b) Verhältnis zu zeitlich nachfolgendem Bundesrecht	50
5. Zwischenergebnis: Folgen der formalen Einbeziehungsmechanismen	50
C. Weitergehende Bedeutung bestimmter völker(vertrags)rechtlicher Materien	51
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung von „menschenrechtsrelevantem“ Völkerrecht nach Art. 1 Abs. 2 GG	51
II. Methodologische Implikation: Relativierung des <i>lex superior</i> -Grundsatzes	52
III. Erforderlich: Formale Einbeziehung	53
IV. Keine Nivellierung der formalen Stellung des Völkerrechts über Art. 1 Abs. 2 GG	54

D. Innerstaatliche Wirkung von Aussagen und Entscheidungen internationaler Spruchkörper	54
I. Voraussetzung: Innerstaatliche Inkorporation von völkerrechtlichen Bestimmungen	55
1. Völkerrechtliche Konstituierung des Spruchkörpers und Unterwerfungserklärung	55
a) Grundsatz	55
b) Interpretatorische Tätigkeit ohne explizite Befugnis	57
2. Formale Einbeziehung der den Spruchkörper betreffenden völkerrechtlichen Verpflichtung	59
II. Folge: Bindungswirkung nach Art. 20 Abs. 3, 59 Abs. 2 S. 1 GG i. V.m. dem Zustimmungsgesetz im Umfang der inkorporierten völkerrechtlichen Bestimmungen	60
III. Weitergehende „Berücksichtigungspflicht“ auf dem Gebiet der Menschenrechte nach Art. 1 Abs. 2 GG	61
1. Herleitung: „Orientierungs- und Leitfunktion“	62
2. Voraussetzungen: Völkerrechtliche Unterwerfung und innerstaatliche Einbeziehung	63
3. Inhalt: Wertender Prozess in Form einer „Kontextualisierung“	63
a) Bedeutung	63
b) Ergebnisse der Kontextualisierung	66
IV. Zwischenergebnis: Wirkungen von Entscheidungen internationaler Spruchkörper	66
E. Im Konfliktfall: Gebot zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung der innerstaatlichen Rechtsordnung	67
I. Herleitung und Zielsetzung	68
II. Anwendungsvoraussetzungen	69
1. Im Außenverhältnis eingegangenes und innerstaatliche Wirkung entfaltendes Völkerrecht	69
2. Auslegungsfähigkeit der konfligierenden innerstaatlichen Norm	70
a) Isolierte Auslegung des innerstaatlichen Rechts	70
b) Abermals: Wertender Prozess statt unbesehener „Begriffsparellisierung“	71
c) Berücksichtigung der Ausgestaltung innerstaatlichen Rechtsschutzes	72
d) Terminologische Klarstellung: Auslegung versus Konformauslegung	74
III. Reichweite und Rechtsfolgen	74
1. Reichweite: Rangunabhängige Anwendung	74
2. Keine divergente Rangzuweisung aufgrund des Gebots zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung	75
IV. Methodologische Implikationen	76
1. Vorrangregel statt systematischer Auslegung	76
2. Relativierung des <i>lex posterior</i> -Grundsatzes	77

3. Differenzierung zwischen völkerrechtskonformer und völkerrechtsfreundlicher Auslegung	77
V. Grenzen der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	80
1. Keine schematische Vollstreckung von völkerrechtlichen Vorgaben	80
2. Wahrung des „Kerngehalts der Verfassungsidentität“ i. S. v. Art. 79 Abs. 3 GG	81
3. „Mehrpolige Grundrechtsverhältnisse“	83
a) Argumente für die Annahme eines Rezeptionshindernisses in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen und dessen Folgen	84
b) Gegenargumente	85
aa) Differenziertes Verständnis von Art. 53 EMRK in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen	85
bb) Keine signifikante prozessuale Schlechterstellung von Drittbetroffenen (Art. 34 EMRK)	87
cc) Keine ausreichende Berücksichtigung der Stellung des EGMR sowie der Bedeutung des Grundsatzes der Völkerrechtsfreundlichkeit	87
c) Stellungnahme	88
aa) Keine ausreichenden Argumente für ein pauschales Rezeptionshindernis in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen	88
bb) Vorzugswürdig: Differenzierende Lösung	89
d) Zwischenergebnis: Mehrpolige Grundrechtsverhältnisse	91
4. „Ausbalancierte Teilrechtssysteme“	92
5. Zwischenergebnis: Grenzen der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	92
F. Übertragbarkeit auf sämtliche Völkerrechtsverträge	93
G. Zwischenergebnis und Folgefragen	94

2. Teil

Status quo (un-)zulässiger Streikziele und weiterer Anforderungen an rechtmäßige Arbeitskämpfe in Deutschland

A. Skizzierung bislang (un-)zulässiger Streikziele in der Bundesrepublik Deutschland	96
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage: Verortung des Arbeitskampfes in Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	97
II. Die Tarifvertragsbezogenheit des Streikrechts	98
1. Kontext von Arbeitskampfmaßnahmen: Konkrete Tarifvertragsverhandlungen	98
2. Formelles Streikziel: Abschluss eines wirksamen Tarifvertrags	99
3. Materielles Streikziel: Tariflich regelbarer Gegenstand im Sinne des Tarifvertragsgesetzes	100
a) Grundsätze	100
b) Beschränkung auf normativ regelbare Materien i. S. v. § 1 Abs. 1 Hs. 2 TVG	101

III. Aufgrund der Tarifvertragsbezogenheit problematische Streikziele	102
1. Streiks zum Abschluss oder zur Änderung alternativer Vertragstypen	102
a) Arbeitsverträge	102
b) Betriebsvereinbarungen	103
c) „Sonstige“ Kollektivvereinbarungen	104
2. Streiks zur Rechtsdurchsetzung	105
3. Politische Streiks	106
a) Nicht entscheidend: „Politisches Wesen“ jedes Arbeitskampfes	107
b) Weitere begriffliche Differenzierungen	108
4. Demonstrationsstreiks	108
a) Begriff	108
b) Abgrenzung zum politischen Streik	109
5. Streiks im Zusammenhang mit standortrelevanten unternehmerischen Entscheidungen des Arbeitgebers	110
a) Streiks zur Abmilderung der mit der unternehmerischen Entscheidung verbundenen Nachteile für die Arbeitnehmer	111
b) Unmittelbare Verhinderung einer unternehmerischen Entscheidung	113
6. Streiks zur Durchsetzung von koalitions- bzw. tarifpolitischen Forderungen	116
7. Unterstützungstreiks	116
8. Zwischenergebnis: Klarer, aber nicht unangefochtener Ausgangspunkt mit einzelnen Inkonsistenzen	117
B. Feststellung des maßgeblichen Streikziels	117
C. Zusammentreffen rechtmäßiger und rechtswidriger Kampfziele	118
D. Weitere Rechtmäßigkeitsanforderungen an zulässige Streikmaßnahmen nach derzeitiger Rechtsprechung	119
I. Wahrung der Rechtsordnung	119
II. Zugelassene Kampfparteien	120
III. Einhaltung eingegangener Friedenspflichten	122
IV. Bekanntgabe des Streikbeschlusses	123
V. Paritätsprinzip	124
VI. Verhältnismäßigkeitsprinzip	126
VII. Arbeitskampfmittelfreiheit	128
E. Rechtsfolgen rechtswidriger Arbeitskampfmaßnahmen	129
F. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	131

3. Teil

Vorgaben des Arbeitsvölkerrechts bezüglich zulässiger Streikziele	132
A. Auslegungsgrundsätze für (arbeits-)völkerrechtliche Vorgaben	133
I. Gegenstand der Auslegung	134
II. Auslegungsregeln der Wiener Vertragsrechtskonvention	135
1. Allgemeine Auslegungsregel, Art. 31 Abs. 1 WVRK	135
a) Treu und Glauben	135
b) Wortlaut	136
c) Zusammenhang	137
d) Ziel und Zweck	138
2. Spätere Übereinkünfte, spätere Übungen und einschlägige Völkerrechtssätze	139
a) „Spätere Übereinkunft“, Art. 31 Abs. 3 lit. a) WVRK	140
b) „Spätere Übung“, Art. 31 Abs. 3 lit. b) WVRK	141
c) „Einschlägige Völkerrechtssätze“, Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVRK	142
3. Besondere Bedeutung, Art. 31 Abs. 4 WVRK	143
4. Ergänzende Auslegungsmittel, Art. 32 WVRK	143
a) Historische Auslegung	144
b) Rechtsvergleich	144
B. Recht der Internationalen Arbeitsorganisation	145
I. Aufbau und Funktionsweise der Internationalen Arbeitsorganisation	146
II. Aussagen der IAO-Kontrollorgane	148
1. Generelle Gewährleistung des Streikrechts	149
a) Sichtweise der Kontrollgremien	149
b) Widerstand innerhalb der IAO gegen die Aussagen des CEACR	150
aa) Meinungsstand	151
(1) Auffassung der Arbeitgeberseite	151
(2) Gegenauffassung	152
bb) Aktuelle Entwicklung und Auswirkungen	153
(1) Auswirkungen innerhalb der IAO und jüngste Entwicklung	153
(2) Rechtliche Auswirkungen	154
c) Zwischenergebnis: Generelle Gewährleistung des Streikrechts	154
2. Zulässige Streikziele	154
a) Keine Beschränkung auf tarifvertragsbezogene Streiks	155
b) Politischer Streik und Demonstrationsstreik	156
c) Unterstützungstreiks	157
d) Durchsetzung von Koalitionsinteressen	157
e) Streiks bei Rechtsstreitigkeiten	157
f) Zwischenergebnis: Zulässige Streikziele	158

3. Völkerrechtliche Verbindlichkeit der Aussagen der IAO-Überwachungsorgane	159
a) Befugnis zur autoritativen Interpretation des IAO-Rechts	159
aa) Eine Ansicht: Keine Befugnis der IAO-Kontrollorgane	159
bb) Gegenauffassung	160
cc) Stellungnahme: Keine ausreichende Grundlage für autoritative Auslegungskompetenz	161
b) Spätere Übereinkunft bzw. spätere Übung i. S. v. Art. 31 Abs. 3 WVRK	163
aa) Vorliegen einer „späteren Übereinkunft“	163
bb) Vorliegen einer „späteren Übung“	164
(1) Meinungsstand zum Vorliegen der Voraussetzungen	164
(2) Stellungnahme: Aussagen der Kontrollorgane als „spätere Übung“	165
(3) Zwischenergebnis: Aussagen der Kontrollorgane als „spätere Übung“	167
c) Verbindlichkeit über die „Pflicht zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung“	167
d) Völkergewohnheitsrecht i. S. d. Art. 25 GG	168
e) Weitere Berücksichtigungsfähigkeit als „soft law“	168
f) Verbindlichkeit über die EGMR-Rechtsprechung	170
4. Zwischenergebnis: Aussagen der IAO-Überwachungsorgane	170
III. Streikrecht im IAO-Übereinkommen Nr. 87	171
1. Vorbemerkung	171
2. Auslegung nach Art. 31 ff. WVRK	172
a) Wortlaut	172
b) Ziel und Zweck	173
c) Zusammenhang	173
d) „Spätere Übereinkunft“ oder „spätere Übung“ nach Art. 31 Abs. 3 WVRK	175
e) Historie	175
f) Stellungnahme	176
3. Zwischenergebnis: Streikrecht in IAO-Übereinkommen Nr. 87	177
IV. Ergebnis: Recht der IAO	178
C. Europäische Sozialcharta i. V. m. den Aussagen der Kontrollorgane	178
I. Aussagen der Kontrollgremien der Europäischen Sozialcharta	180
1. Das ESC-Überwachungsverfahren im Überblick	180
2. Aussagen des ECSR	182
a) Früher: Ablehnung der strengen Tarifvertragsbezogenheit des Streikrechts	182
b) Zwischenzeitlich: Relativierung der negativen Einschätzung	183
c) Jüngst: Bekräftigung der früheren Sichtweise	184
3. Empfehlung des Ministerkomitees gegenüber der Bundesrepublik Deutschland	185
4. Völkerrechtliche Verbindlichkeit der Aussagen der ESC-Überwachungsorgane	185
a) Befugnis der Kontrollorgane zur autoritativen Interpretation der ESC	186
aa) Untersuchung der Art. 21 ff. ESC	186

bb) Nachfolgende Änderungsprotokolle	188
cc) Sinn und Zweck des Überwachungsverfahrens	190
dd) „Spätere Übereinkunft“ oder „spätere Übung“ i. S. v. Art. 31 Abs. 3 lit. a) und b) WVRK	191
ee) Zwischenergebnis: Keine Grundlage für eine völkerrechtliche Ver- bindlichkeit der Aussagen der Kontrollorgane innerhalb der ESC	192
b) Alternative Grundlagen für eine völkerrechtliche Verbindlichkeit der Aussagen	192
c) Weitere Möglichkeiten der Wirkung der Aussagen	193
aa) Vertretene Ansätze	193
bb) Stellungnahme	194
d) Zwischenergebnis: Keine völkerrechtliche Verbindlichkeit der Aussagen des ECSR sowie des Ministerkomitees	195
II. Inhalt von Art. 6 Abs. 4 ESC	195
1. Gegenständlicher Bezugspunkt: „Interessenkonflikte“	196
a) Reichweite des Begriffs der „Interessenkonflikte“	196
b) Ausschluss von Rechtsstreitigkeiten	197
2. Personeller Bezugspunkt: „Arbeitnehmer und Arbeitgeber“	199
3. Systematisches Gefüge von Art. 6 ESC	200
a) Art. 6 Abs. 2 ESC: Förderung des Abschlusses von Gesamtarbeitsverträgen	201
b) Art. 6 Abs. 3 ESC: Verfahren zur Beilegung von „Arbeitsstreitigkeiten“	201
c) Einleitungssatz von Art. 6 ESC: Bezug zum Recht auf Kollektiv- verhandlungen	202
aa) Reichweite des Begriffs der „Kollektivverhandlungen“	202
bb) Erfordernis der Einigungsmöglichkeit	203
4. Vorbehalt gegenüber „Verpflichtungen aus geltenden Gesamtarbeitsverträgen“	205
5. Historische Auslegung nach Art. 32 WVRK	206
6. Zwischenergebnis: Inhaltliche Reichweite des Rechts auf Kollektiv- maßnahmen nach Art. 6 Abs. 4 ESC	206
III. Eingriffe in Art. 6 Abs. 4 ESC durch die gegenwärtige Rechtslage in Deutschland	207
1. Beschränkung auf den Abschluss eines förmlichen Tarifvertrags	208
2. Beschränkung auf normativ regelbare Materien i. S. v. § 1 Abs. 1 Hs. 2 TVG	208
3. Streiks unmittelbar gegen standortrelevante unternehmerische Entscheidungen	208
4. Unterstützungsstreiks	208
5. Theorie der Gesamtrechtswidrigkeit	209
6. Gebot der Verhältnismäßigkeit	209
IV. Eingriffsrechtfertigung nach Art. 31 Abs. 1 ESC	209
1. „Gesetzlich vorgeschrieben“	210
2. Legitimes Eingriffsziel	211
a) Aussagen der Rechtsprechung	212

b) Schutz der Rechte und Freiheiten anderer	213
aa) Beeinträchtigte Rechte des konkreten Arbeitskampfgegners	213
(1) Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG	214
(2) Eigentumsgarantie nach Art. 14 Abs. 1 GG	215
(3) Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG	216
bb) Beeinträchtigte Rechte von nichtstreikenden Arbeitnehmern	217
cc) Beeinträchtigte Rechte von Dritten oder der Allgemeinheit	218
dd) Schutz der durch Art. 9 Abs. 3 GG gewährleisteten Tarifautonomie ..	219
c) Schutz der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“	220
d) Schutz der „Sicherheit des Staates“, der „Volksgesundheit“ und der „Sittlichkeit“	221
e) Zwischenergebnis: Legitime Eingriffsziele	222
3. „Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft“	222
a) Prüfungsmaßstab	223
b) Konkrete Rechtfertigungsprüfung	224
aa) Beschränkung des Streikrechts auf den Abschluss eines förmlichen Tarifvertrags	224
bb) Beschränkung des Streikrechts auf normativ regelbare Gegenstände i. S. v. § 1 Abs. 1 Hs. 2 TVG	225
cc) Ausschluss von Streiks zur Verhinderung von standortrelevanten unternehmerischen Entscheidungen	226
(1) Meinungsstand	226
(2) Stellungnahme	228
(a) Differenzierende Lösung impraktikabel	228
(b) Grad der Beeinträchtigung der Unternehmensautonomie unter Berücksichtigung geäußerter gesetzgeberischer Wertungen ...	229
(c) Angemessener Ausgleich durch Streiks um Tarifsozialpläne ..	231
(d) Abschließende Abwägung	232
(3) Zwischenergebnis: Streiks gegen das „Ob“ standortrelevanter unternehmerischer Entscheidungen	233
dd) Theorie der Gesamtrechtswidrigkeit	233
(1) Mögliche legitime Eingriffsziele	233
(2) Alternative Ansätze	234
(a) Meinungsstand	234
(b) Stellungnahme: Alternative Ansätze	235
(3) Abschließende Stellungnahme: Rechtfertigung der Theorie der Gesamtrechtswidrigkeit	238
ee) Verbot der Unverhältnismäßigkeit	239
c) Zwischenergebnis: Rechtfertigung nach Art. 31 Abs. 1 ESC	239
V. Zwischenergebnis: Zulässige Streikziele unter Berücksichtigung von Art. 6 Abs. 4 ESC	240

D. Art. 11 Abs. 1 Hs. 2 EMRK in der Auslegung durch den EGMR	241
I. Vorbemerkungen	242
1. Verbindlichkeit, Rang und Wirkungen der EMRK und der EGMR-Judikatur	243
a) Völkerrechtliche Verbindlichkeit und innerstaatlicher Rang der EMRK ...	243
b) Wirkungen von Entscheidungen des EGMR	245
aa) Völkerrechtliche Ebene	246
bb) Mitgliedsstaatliche Ebene	247
c) Zwischenergebnis	248
2. Besondere Auslegungsgrundsätze des EGMR	249
a) Autonome und ganzheitliche Auslegung	249
b) Spannungsfeld zwischen effet utile und Subsidiarität	250
c) Einräumung eines Beurteilungsspielraums („margin of appreciation“) ...	252
d) Dynamisch-evolutive Auslegung	253
aa) Dynamik der Auslegung	254
(1) Bedeutung	254
(2) Folge: Vorrangigkeit der Einzelfallabwägung	255
bb) Ermittlung eines „europäischen Konsenses“	256
(1) Berücksichtigung eines internationalen Standards	257
(2) Übereinstimmende Praxis der Mitgliedsstaaten	258
(3) Kritik	259
(a) Unklare Anwendung zwischen „Implementierungsautomatis-	
mus“ und gänzlicher Außerachtlassung des europäischen	
Konsenses	259
(aa) Relativierende Aussagen in Demir und Baykara	260
(bb) Differenzierende Folgerechtsprechung	261
(cc) Unvereinbarkeit mit autonomer Konventionsauslegung ...	263
(dd) Stattdessen: Differenziertes Vorgehen auf Grundlage von	
Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVRK	264
(b) Berücksichtigung von nicht ratifizierten internationalen	
Normen	265
(aa) Kritik	265
(bb) Verteidigung des Vorgehens	266
(cc) Stellungnahme: Heranziehung von nicht ratifizierten	
internationalen Instrumenten	267
(c) Heranziehung von unverbindlichen Aussagen internationaler	
Kontrollorgane	269
(d) Auslegung aufgrund einer Mehrheitsfeststellung	271
(e) Umkehrung der tatsächlichen Handhabung	273
cc) Zwischenergebnis: dynamisch-evolutive Auslegung	274
e) Zwischenergebnis: Besondere Auslegungsgrundsätze des EGMR	275
3. Verhältnis zwischen ESC und EMRK	275

4. Gang der Untersuchung	277
II. Schutzbereich von Art. 11 Abs. 1 EMRK	277
1. Allgemeine Schutzbereichsbestimmung der konventionsrechtlichen Koalitionsfreiheit	278
a) Gewährleistungsdimensionen	278
b) Individuelle Koalitionsfreiheit	279
c) Kollektive Koalitionsfreiheit	279
2. Schutz von Streikmaßnahmen nach Art. 11 Abs. 1 Hs. 2 EMRK	281
a) Entwicklung der EGMR-Rechtsprechung zum Schutz von Streikmaßnahmen	281
aa) Ursprünglich: Schutz „unverzichtbarer“ Koalitionsbetätigung	282
bb) Beschränkungen des Streikrechts als Eingriff in Art. 11 Abs. 1 EMRK	283
cc) Implizite Anerkennung des Schutzes von Streikmaßnahmen	285
dd) Grundlegende Neuausrichtung: Aufgabe des „Unverzichtbarkeit“-Grundsatzes	286
ee) Explizite Anerkennung des konventionsrechtlichen Schutzes von Streikmaßnahmen	288
ff) Folgerechtsprechung: Bestätigung des grundsätzlichen Schutzes von Streikmaßnahmen	289
b) Schutz bestimmter Streikziele nach Art. 11 Abs. 1 EMRK	290
aa) Bisherige EGMR-Judikatur	291
(1) Politischer Streik	291
(a) Politischer Streik mit Bezug zu Beschäftigungsbedingungen	291
(b) Politischer Streik ohne Bezug zu Beschäftigungsbedingungen	292
(2) Demonstrationsstreik	294
(3) Streik zur Rechtsdurchsetzung	295
(4) Unterstützungsstreik	296
(5) Streik zur Durchsetzung einer kollektivvertraglichen Regelung	297
(6) Streik zur Durchsetzung einer nicht kollektivvertragsbezogenen Forderung gegenüber dem Arbeitgeber	298
(7) Streik im Zusammenhang mit bevorstehenden Betriebsübergängen	299
(8) Kollektivmaßnahmen mit unterschiedlichen Zielen	300
(9) Streikziele ohne eindeutige Zuordnungsmöglichkeit	302
bb) Würdigung	307
(1) Weitreichender Schutz von Streikmaßnahmen durch Art. 11 Abs. 1 EMRK	307
(2) Keine dogmatisch konsistente Streikrechtskonzeption mit Blick auf zulässige Ziele	308
(3) Keine konsistente Trennung zwischen verschiedenen Gewährleistungsgehalten	309
(4) Zusammenfassende Stellungnahme	311

3. Zwischenergebnis: Schutzbereich von Art. 11 EMRK im Hinblick auf Streikmaßnahmen	313
III. Eingriffe aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage in Deutschland	314
1. Konventionsrechtliche Perspektive	315
2. Eingriffe durch die gegenwärtige deutsche Rechtslage	316
3. Zwischenergebnis: Eingriffe in Art. 11 Abs. 1 EMRK	317
IV. Rechtfertigung, Art. 11 Abs. 2 EMRK	318
1. Konventionsrechtlicher Gesetzesvorbehalt	319
2. Legitimes Ziel	321
a) Nationale oder öffentliche Sicherheit	324
b) Aufrechterhaltung der Ordnung und Verhütung von Straftaten	326
aa) Aufrechterhaltung der Ordnung	326
bb) Verhütung von Straftaten	328
cc) Konnexität beider Eingriffsziele	328
c) Schutz der Gesundheit oder Moral	329
d) Schutz der Rechte und Freiheiten anderer	330
aa) Berücksichtigungsfähige Rechte und Freiheiten	331
(1) Andere Konventionsrechte sowie auf mitgliedschaftlicher Ebene geschützte Rechte und Freiheiten anderer	331
(2) Insbesondere: Schutz der Tarifautonomie	333
(3) Insbesondere: Schutz der Rechte des konkret bestreikten Unternehmens	333
(a) Einschlägige EGMR-Rechtsprechung	333
(b) Kritik	336
(c) Stellungnahme	336
(d) Anforderungen für die Berücksichtigungsfähigkeit	338
(e) Konsequenzen aus der Berücksichtigungsfähigkeit	341
(4) Insbesondere: Schutz des wirtschaftlichen Wohls des Landes	341
(a) Als originäres Eingriffsziel unzulässig	341
(b) Berücksichtigung im Eingriffsziel des Schutzes von „Rechten und Freiheiten anderer“	342
(5) Insbesondere: Schutz der Rechte unbeteiligter Dritter bzw. der Allgemeinheit	344
bb) Zwischenergebnis: Schutz der Rechte und Freiheiten anderer	345
e) Zwischenergebnis: Legitimes Ziel	345
3. Notwendigkeit des Eingriffs in einer demokratischen Gesellschaft	345
a) Anwendbarkeit auf Beschränkungen des Streikrechts	346
b) Nähere Konturierung der konventionsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprüfung	347

c) Abhängigkeit der konkreten Prüfungsdichte vom eingeräumten Beurteilungsspielraum	349
aa) Weder grundsätzlich enger noch weiter Beurteilungsspielraum	351
bb) Abhängigkeit von der Qualität der spezifisch beeinträchtigten Rechtsausübung	351
(1) Qualität der Streikrechtsausübung	353
(a) Meinungsstand im Schrifttum	353
(b) Bisherige EGMR-Rechtsprechung	354
(c) Stellungnahme: Streikrecht als „wesentliches Element“	357
(2) Zwischenergebnis: Streikrecht in Abhängigkeit seiner konkreten Funktion „wesentliches Element“	358
cc) Abhängigkeit von der Eingriffsintensität	358
dd) Abhängigkeit von den verfolgten Eingriffszielen	360
ee) Abhängigkeit von einem bestehenden „europäischen Konsens“	361
(1) Bestehen eines internationalen Standards	361
(2) Praxis der Mitgliedsstaaten	362
(a) Geringere Bedeutung in der jüngeren Zeit	362
(b) Staatenpraxis zur gegenständlichen Reichweite des Streikrechts im Überblick	363
(3) Zwischenergebnis: Beurteilungsspielraum unter Berücksichtigung eines „europäischen Konsenses“	364
ff) Abhängigkeit vom Bestehen einer nationalen Rechtstradition	364
gg) Zwischenergebnis: Relevante Faktoren	365
d) Bestimmung des Beurteilungsspielraums beim Zusammentreffen mehrerer Faktoren	366
e) Bestimmung des Beurteilungsspielraums für die Frage zulässiger Streikziele	366
aa) Ausgangspunkt: Fixe Kriterien	366
bb) Variable Kriterien	367
f) Schlussfolgerung: Regel-Ausnahme-Verhältnis	367
g) Beurteilungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland bei der gegenständlichen Ausgestaltung des Streikrechts	368
aa) Streikziele mit weitem Beurteilungsspielraum	369
bb) Streikziele mit engem Beurteilungsspielraum	369
cc) Beurteilungsspielraum hinsichtlich der Theorie der Gesamtrechtswidrigkeit	370
dd) Beurteilungsspielraum hinsichtlich des Verbots der Unverhältnismäßigkeit	371
h) Abschließende Prüfung der „Notwendigkeit“	371
aa) Verbot des politischen Streiks	372
(1) Meinungsstand	372
(2) Stellungnahme	374

bb) Verbot des Demonstrationsstreiks	376
(1) Meinungsstand	376
(2) Stellungnahme	377
cc) Verbot des Streiks zur Rechtsdurchsetzung	378
(1) Meinungsstand	378
(2) Stellungnahme	379
dd) Verbot von nicht auf den Abschluss eines förmlichen Tarifvertrags gerichteten Streiks	381
(1) Meinungsstand	381
(2) Stellungnahme	381
ee) Verbot von auf die Verfolgung nicht normativ tariflich regelbarer Forderung gerichteten Streiks	383
ff) Verbot des Streiks gegen eine standortrelevante unternehmerische Entscheidung	384
gg) Theorie der Gesamtrechtswidrigkeit	384
(1) Aussagen des Gerichtshofs	385
(2) Abschließende Stellungnahme	386
hh) Verbot der Unverhältnismäßigkeit	387
4. Zwischenergebnis: Rechtfertigung nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	388
V. Zwischenergebnis: Art. 11 Abs. 1 EMRK in der Auslegung durch den EGMR	388
E. Zwischenergebnis und Folgefragen	389

4. Teil

Völkerrechtsfreundliche Auslegung der deutschen Rechtslage	391
A. Anwendungsvoraussetzungen	391
I. Innerstaatlich verbindliche völkerrechtliche Vorgaben	391
II. Kontextualisierung: Verortung der völkerrechtlichen Vorgaben innerhalb der deutschen Rechtsordnung	391
1. Verortung innerhalb des Tarifvertragsgesetzes	392
2. Verortung auf verfassungsrechtlicher Ebene	392
a) Inhaltliche Einschlägigkeit	392
b) Bedingungen versus Interessen	393
3. Zwischenergebnis: Kontextualisierung	393
III. Menschenrechtsrelevantes Völkerrecht	394
IV. Methodisch vertretbare Auslegungsvarianten von Art. 9 Abs. 3 GG	394
1. Vorbemerkungen	395
a) Entwicklungsoffenheit von Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	395
b) Freiheitsrechtlicher Charakter von Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	395

2. Auslegung von Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG: Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	397
a) Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	397
aa) Grundsätzliches Begriffsverständnis	397
(1) Wortlaut	399
(2) Historie und Normgenese	399
(3) Systematik	400
(4) Sinn und Zweck	401
(5) Zwischenergebnis: Zutreffendes herrschendes Begriffsverständnis	401
bb) Grenze mit Blick auf die unternehmerische Entscheidungsfreiheit	401
(1) Problemaufriss	401
(2) Berücksichtigung des kumulativen Zusammenhangs	402
(3) Abgleich: „Freiwilligkeitsbereich“ bzw. „Kernbereich unternehmerischer Entscheidungsfreiheit“	403
cc) Zwischenergebnis: Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	404
b) Wahrung und Förderung	405
aa) Maßgeblich: Koalitionsspezifische Verhaltensweise	405
(1) Nicht tarifvertragsbezogene Streikmaßnahmen als koalitions-spezifische Verhaltensweise	406
(2) Kompatibilität mit der Rechtsprechung des BVerfG	408
(3) Vorteil des Auslegungsergebnisses: Dogmatische Konsistenz	410
bb) Zwischenergebnis: Wahrung und Förderung	410
3. Zwischenergebnis: Umsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben in methodengerechter Weise möglich	410
B. Grenzen des Gebots zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung	410
I. Schematische Vollstreckung völkerrechtlicher Vorgaben	411
II. Wahrung des Kerngehalts der Verfassungsidentität	411
III. Mehrpolige Grundrechtsverhältnisse	412
IV. Zwischenergebnis: Grenzen des Gebots zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung	413
C. Zwischenergebnis und Folgefragen	413

5. Teil

Konsequenzen der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	414
A. Verfassungsrechtlicher Schutz von Arbeitsk Kampfmaßnahmen nach Art. 9 Abs. 3 GG	414
B. Zulässige Arbeitsk Kampfziele	415
I. Zulässige Regelungstypen	415
1. Arbeitsbedingungen auf arbeitsvertraglicher Grundlage	415

2. Arbeitsbedingungen in Betriebsvereinbarungen	416
3. Abschluss von sonstigen Koalitionsvereinbarungen	416
II. Zulässige materielle Ziele	417
1. Abstrakte Konturierung	417
2. Beispiele	418
3. Forderungsgrenzen	419
4. Zulassung weiterer bislang unzulässiger Streikziele	419
C. Modifikation der übrigen arbeitskampfrechtlichen Grundsätze und Voraussetzungen	420
I. Feststellung des Streikziels	420
II. Zugelassene Kampfparteien	420
III. Einhaltung von Friedenspflichten	422
IV. Paritätsprinzip	422
V. Verhältnismäßigkeitsprüfung	424
1. Bezugspunkt	424
2. Kontrolldichte	424
a) Herleitung der reduzierten Kontrolldichte	425
b) Übertragung auf außertarifliche Kampfmaßnahmen	427
3. Zwischenergebnis: Verhältnismäßigkeitsprüfung	428
VI. Zwischenergebnis: Modifikation der Rechtmäßigkeitsanforderungen	428
D. Anerkennung einer Suspendierungswirkung für außertarifliche Kampfmaßnahmen?	428
I. Übertragbarkeit der zugrunde liegenden Wertungen	429
II. Kompetenz	430

6. Teil

Ergebnisse	432
A. Gesamtergebnis und Ausblick	432
B. Einzelergebnisse in Thesen	433
I. Ergebnisse aus dem 1. Teil	433
II. Ergebnisse aus dem 2. Teil	435
III. Ergebnisse aus dem 3. Teil	436
IV. Ergebnisse aus dem 4. Teil	439
V. Ergebnisse aus dem 5. Teil	440
Literaturverzeichnis	443
Sachwortverzeichnis	490